

Antrag der Fraktion DIE LINKE.**Kein Offshore-Schwerlasthafen im Naturschutzgebiet von Bremerhaven**

Die Entwicklung der Offshore-Windkraft gewinnt immer mehr an Bedeutung. Um Unternehmen der regenerativen Energiebranche an Bremerhaven binden und das bisher entstandene Kompetenzzentrum für Offshore-Windenergietechnik im Nordwesten Deutschlands weiter ausbauen zu können, wird ein Schwerlast-Terminal (Offshore-Basishafen) benötigt. Um dies umsetzen zu können, plant Bremen den Bau eines Schwerlast-Terminals in Bremerhaven, der bis 2014 fertiggestellt werden soll. Über diesen Terminal sollen dann komplette Windenergieanlagen oder einzelne Komponenten auf dem Wasserweg an den jeweiligen Aufstellungsort verbracht werden.

Die derzeit im Prüfverfahren stehenden, favorisierten Planungsgebiete liegen beide südlich der Geestemündung und befinden sich somit auf geschütztem Naturschutzgebiet. Diese beiden Planungsgebiete widersprechen somit dem nationalen als auch dem europäischen Naturschutzgedanken. Zum einen ist das Weserwatt als Weltenerbe „Niedersächsisches Wattenmeer“ eingetragen. Zum anderen wurde durch die hoheitliche Übertragung des Gebietes „Luneplate“ das EU-Vogelschutzgebiet V 27 „Unterweser“ und FFH-Gebiet 203 „Unterweser“ auf Bremen übertragen. Zusätzlich sind die Watt- und Röhrichtflächen des Außendeiches nach dem jetzt gültigen § 30 des Bundesnaturschutzgesetzes gesetzlich geschützte Biotope.

Laut Aussage des Bremer Senats soll die Anmeldung des gesamten Naturschutzgebietes „Luneplate“ im ersten Halbjahr 2010 erfolgen.

Über den ökologischen Aspekt hinaus gibt es einen weiteren, rein ökonomischen Aspekt. Wie festzustellen ist, sind bereits Klageandrohungen von Anwohnern und Naturschutzverbänden, die sich gegen den Neubau eines Schwerlast-Terminals im Naturschutzgebiet bei Bremerhaven aussprechen, bekannt geworden. Diese Klagen würden dazu führen, dass der für die Offshorebranche benötigte Schwerlast-Terminal erst nach längerer Verzögerung oder womöglich gar nicht erst gebaut werden kann. Um hier Planungssicherheit und einer möglichen Abwanderung der bisher angesiedelten und hoffentlich hinzukommenden Unternehmen der Offshorebranche entgegenzutreten zu können, sollte ein Standort gewählt werden, der nachhaltig, ökologisch und ökonomisch vertretbar ist. Ein reines Ausspielen des Naturschutzes gegen die zu unterstützenden regenerativen Energien und der aus ihr entstehenden neuen Arbeitsplätze ist hier der falsche Weg!

Die Bürgerschaft (Landtag) möge daher beschließen:

1. Die Bürgerschaft (Landtag) wird weiterhin die Förderung der regenerativen Energie vorantreiben.
2. Die Bürgerschaft (Landtag) spricht sich für einen ökologisch, ökonomisch und nachhaltig vertretbaren Ausbau des bremischen Containerterminal 1 (CT I) als Schwerlast-Terminal für die Offshorebranche aus.
3. Die Bürgerschaft (Landtag) spricht sich gegen den Bau eines Schwerlast-Terminals im Naturschutzgebiet bei Bremerhaven aus.

Walter Müller, Monique Troedel,
Peter Erlanson und Fraktion DIE LINKE.